

Deutsche Besonderheiten

NICOLAS HUBE, JAY ROWELL

Ziel dieser Darstellung ist es, die spezifischen Merkmale herauszuarbeiten, die in den deutschen Interviews in Bezug auf die in diesem Kapitel definierten Idealtypen beobachtet wurden. Der Ausgangspunkt der Überlegung bestand darin, sich Gedanken über die unterschiedliche Strukturierung eines Angebots an interpretativen Diskursen über die EU im nationalen öffentlichen Raum zu machen und zu sehen, ob – und wie – sich dieses Angebot bei den Befragten auswirkt.

Im Unterschied zu Polen und in einem geringeren Grad zu Frankreich herrscht unter den politischen und journalistischen Eliten und in der intellektuellen Welt ein relativer Konsens über die positiven Aspekte der europäischen Konstruktion.¹ Dieser Konsens hat trotzdem nicht den Ausdruck eines „selbstbewussteren“ Verhältnisses zur europäischen Konstruktion seit dem Ende der Amtszeit von Helmut Kohl verhindert, egal ob es sich um die Diskussion über die Höhe des deutschen EU-Beitrags handelt, um die Angst vor einem Mangel an Haushaltsdisziplin in einigen Ländern der Eurozone, um Kritik an der Agrarpolitik oder um Vorbehalte gegenüber den Beitrittsbestrebungen der Türkei. Bei der Abstimmung über den Verfassungsvertrag im Bundestag am 10. Mai 2005 haben die großen vertretenen Parteien ihre allgemeine Zustimmung bekräftigt. Allerdings waren in diesem Moment auch Misstöne zu hören: 23 Negativstimmen wurden gezählt (20 Abgeordnete der CSU, drei der PDS und zwei Enthaltungen bei den Sozialdemokraten). Die Argumente der PDS beruhen auf zwei Punkten. Erstens auf den Sicherheits-

1 Es ist wichtig, an dieser Stelle anzumerken, dass der Redaktionsschluss des vorliegenden Buches vor dem Beginn der internationalen Finanzkrise und vor allem vor den Diskussionen über die Wirtschaftskrise in Griechenland lag. (Anmerkung des Übersetzers)

fragen: Der Vertrag besiegelt eine militärische Orientierung der EU, doch ist bei einigen Befragten der Diskurs über den Pazifismus präsent. Und zweitens auf der „Missachtung des Volkes“: Sie kritisieren die Entscheidung, die Debatte ganz klar auf den Bundestag zu begrenzen. Die Argumente der CSU konzentrieren sich ebenfalls auf die Missachtung des Volkes, aber auch auf den EU-Beitritt der Türkei, den sie vehement ablehnen, und zuletzt auf das Fehlen eines Verweises auf die Religion, denn „ohne Gott ist Europa dem Teufel geweiht“ (Weiland, 2005).

Trotz dieser Unterschiede bei der Strukturierung des politischen und medialen Diskurses über die EU finden sich die zustimmenden, ablehnenden, zwiespältigen oder gleichgültigen Haltungen in Proportionen wieder, die mit dem französischen Fall vergleichbar sind. Trotz der Existenz eines öffentlichen Raumes, der von einem pro-europäischen Diskurs beherrscht wird, jedoch einen äußerst marginalen Platz in den Debatten einnimmt (Garcia, Le Torrec, 2003; Sievert, 1998, Seidendorf, 2007), erscheinen die Deutschen nicht „europhiler“ als andere Nationen. Die einzigen herausragenden Persönlichkeiten, die mit einem europäischen Engagement assoziiert werden, sind Helmut Kohl und, in geringerem Maße, Daniel Cohn-Bendit. Im Großen und Ganzen sind die am weitesten verbreiteten positiven Standpunkte die gleichen wie in Frankreich: die Begeisterung über die Durchsetzung eines europäischen Raumes für Tourismus, Arbeit und Völkerverständigung.

Man findet ebenfalls alle Typen der Beziehung zur EU wieder, die Daniel Gaxie für Frankreich beschrieben hat, doch bisweilen mit Argumentationen konstruiert, die spezifisch für den deutschen Kontext sind. Die Verhältnisse zwischen den Fällen, die man den Idealtypen annähern kann, sind ein wenig unterschiedlich, zum Teil vermutlich wegen der Unterschiede bei der Zusammensetzung der Probanden-Auswahl in Deutschland, die weniger Personen mit einer klar eingegrenzten Implikation enthält (Landwirte, Fischer) und weniger Mitglieder der populären Milieus. Nicht weiter überraschend ist die Tatsache, dass die soziologischen Eigenschaften für jeden Idealtyp deutlich die gleichen sind.

Spezifische Argumente

Mehrere Differenzierungselemente des deutschen Falls lassen sich vom Standpunkt der *Argumente* aus identifizieren, die *eingesetzt werden*, um ihren Standpunkt zu untermauern. Es handelt sich zunächst um die *Frage nach der Erweiterung*, die ziemlich schnell und „spontan“ als Kristallisierungspunkt eines Diskurses über Europa auftritt. Die Erweiterung wird relativ häufig als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verstanden, als Ankunft von Arbeitern aus dem Osten, die die Löhne drücken oder eine Quelle für Kriminalität darstel-

len. Diese Betrachtungen stützen sich zuweilen auf Reportagen in der Presse (insbesondere über Jugendkriminalität). Unter den politisch interessierten Befragten, die in den Industriezweigen arbeiten, die den Risiken des Outsourcing ausgesetzt sind, oder die Mitglieder einer Gewerkschaft sind, ruft die Erwähnung der Erweiterung einen relativ spontanen und oftmals durchdachten Diskurs über die Verlagerung von Arbeitsplätzen nach Osteuropa und ihre Mechanismen hervor (Besteuerung, Arbeitskraftkosten, Subventionspolitik, Kapitalumlauf). Zwar wird dieses Risiko nicht ausschließlich den Maßnahmen der europäischen Politik zugeschrieben (es kann als ein unweigerlich mit der Globalisierung einhergehendes Phänomen wahrgenommen werden) und niemals unmittelbar der Bolkestein-Richtlinie, doch stellt man fest, dass diese Befragten Themen und Beispiele anführen, die seit Anfang der 1990er Jahre um das Thema des Standorts Deutschland² herum entwickelt wurden und es auf die europäischen Themen übertragen: freier Kapitalumlauf, Erweiterung, Diskrepanzen von Lebensstandard und Lohnniveau. Diese Fragen sind auch in den weniger privilegierten Schichten präsent, stützen sich dort aber eher auf unmittelbare Erfahrungen, auf Erfahrungen aus dem unmittelbaren Umfeld (in der Wirtschaftsbranche übliche Löhne, Erfahrung mit Einkäufen in Polen) oder auf Informationen aus den Medien (Reportagen über die „Russsenmafia“, die illegale Einwanderung, die Nokia-Affäre). Auf allgemeinere Weise wird das Thema der Erweiterung um die Kluft zwischen Ost und West herum konstruiert, die die Kluft zwischen Arm und Reich überlagert. Während einige Mitglieder der gehobenen Schichten einen ökonomischen Liberalismus verteidigen, der für alle profitabel sein soll, macht sich die Mehrheit der deutschen Befragten Sorgen um einen Effekt der Nivellierung nach unten, wie das Drücken der Löhne, den Abbau des Sozialstaats oder die Finanzierungskosten für das Aufholen der weniger entwickelten Volkswirtschaften Osteuropas oder der Türkei. Zuletzt stützen sich ausschließlich diejenigen Probanden, die aus der ehemaligen DDR stammen, auf die Erfahrung – und die Enttäuschungen – der wirtschaftlichen Modernisierung in den neuen Ländern, um einen Diskurs über die zu erwartenden Auswirkungen der „Vereinigung“ des europäischen Kontinents für sich und für Deutschland zu konstruieren.

Außerdem wird in den deutschen Interviews häufiger spontan die *Türkei* erwähnt. Dieses Thema wird sowohl als ein nahe liegendes „Problem“, als auch als ein Problem an den Grenzen von Europa formuliert. Das Urteil über die Türkei hängt bei den Befragten, die in der dazwischenliegenden und der distanzierten Zone in Bezug auf Europa angesiedelt sind, manchmal von ihren

2 Diese zu Beginn der 1990er Jahre angestoßene Debatte ist Ausdruck der Ängste vor der Deindustrialisierung und vor dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie.

nachbarschaftlichen Beziehungen ab. Die „Türken“ sind eine wahrnehmbare „Realität“ (sie „bauen Häuser“, oder „kaufen Läden“). Sie sind „Malocher“ und/oder „Schmarotzer“... und die Diskussion über einen EU-Beitritt der Türkei stützt sich in diesen Fällen auf diese Betrachtungen. Für allgemeinere Standpunkte verweist die Türkei in einem eher „klassischen“ Sinne auf die Menschenrechte, die Demokratie, die Frauenrechte, die Religion, die Mentalitäten oder auf die Wirtschaft. Die synoptischen Standpunkte stützen sich in der Hauptsache auf die Betrachtungen der Menschenrechte, auf wirtschaftliche Betrachtungen, Betrachtungen des geopolitischen Gleichgewichtes oder historische Verweise, während die Befragten mit einer allgemeinen begrenzten Implikation eher kulturelle oder religiöse Fragen ins Feld führen, indem sie sich auf die Kopftuchdebatte, die Zwangsehen oder auf vage Verweise auf Demokratie oder Armut stützen.

Die *Bedeutung der Geschichte*. Während für den gebildeten Anteil der Befragten der „Komplex“ des Krieges tatsächlich eingestanden werden kann, wird der Zweite Weltkrieg in manchen Interviews wie ein Komplex, der von Deutschland allgemein getragen wird, beiseite geschoben. „Europa ermöglicht es Deutschland, sich Gehör zu verschaffen“. Doch kann dieser Komplex auch auf kritische Weise erlebt werden: „Wir Deutschen können seit dem Zweiten Weltkrieg nichts mehr sagen“. Interessanterweise wird die Kriegserfahrung manchmal auf ganz Europa ausgedehnt („der Krieg hat die Europäer vorsichtiger, pazifistischer gemacht“) und rechtfertigt gleichzeitig das Verschmelzen zu einer gemeinsamen europäischen Identität und die politische Notwendigkeit, sich gegen andere „kriegerische“ Großmächte zu schützen, die nicht die gleiche historische Erfahrung gemacht haben: „Wir kennen den Krieg und haben einen anderen Zugang dazu als die Amerikaner. Wir sind vielleicht vorsichtiger, besonnener“.³

„Fehlende Argumente“

Eine der Ausgangshypothesen, die ausgehend vom vorherrschenden intellektuellen Diskurs über das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Währung konstruiert wurden, bestand darin, sich zu fragen, ob es eine Besonderheit des Diskurses über *den Euro* gäbe und dadurch über die EU. Allerdings haben die vermutete enge Bindung an die Deutsche Mark, die Angst vor der Inflation, die die politische Kultur Deutschlands im Moment der Hyperinflation prägte, oder die Bedeutung der Währungssouveränität so gut wie keine Spuren in den Interviews hinterlassen. Zum Thema Währung formulieren die Deutschen die

3 Deutschland, Frau, 52 Jahre, Hausfrau mit Universitätsabschluss.

gleichen Typen von Kritik und/oder Einschätzung wie die Franzosen und noch dazu im selben Wortlaut.

Die Debatte über die (*un*-)soziale Dimension der EU war im französischen Korpus relativ präsent. Interessanterweise ist diese Frage, die in den öffentlichen Debatten in Deutschland sehr wenig thematisiert wurde, in den deutschen Interviews weniger präsent und tritt praktisch nie in den Antworten auf die Frage auf, in welchen Bereichen die EU aktiver werden sollte. Die Befragten stellen lediglich eine Verbindung zum sozialen Europa her, wenn sie die (nationalen) Konsequenzen der Grenzöffnung und der Osterweiterung erwähnen.

Synoptische Variationen

Zuletzt können einige Argumente beobachtet werden, die Deutschland eigen sind und für den Idealtyp der synoptischen Implikation spezifisch sind. Die Befragten unterscheiden die Europäische Union (abgekürzt EU) von Europa (*Europa*), manche sogar von der Europäischen Gemeinschaft (abgekürzt EG). In diesen Interviews wird auch ziemlich spontan das (oder der europäische Föderalismus) erwähnt, entweder um zu bedauern, dass es nicht ausreichend vorangetrieben wird, oder, um sich für dieses System und seine Übernahme auf europäischer Ebene zu beglückwünschen. Mehrere Befragte stellen einen Vergleich zwischen dem Gerichtshof der Europäischen Union und dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe an. Typisch ist die Erklärung eines Firmenanwalts:

„Also für mich ist Europa sicherlich so eine Art Glocke, die über den Mitgliedsstaaten hängt, oder vielmehr sollte es das für mich sein,... das heißt, es soll einen Rahmen konstruieren, selbstverständlich auf wirtschaftlicher Ebene, aber auch und vor allem auf politischer Ebene [...]. Ich wünsche uns eine Annäherung, ein Ineinandergreifen der beiden Ebenen... Ich bin ein wirklicher Anhänger des Subsidiaritätsprinzips, das heißt, dass das, was auf unserer Ebene nicht geregelt werden kann, dort geregelt werden muss“.

Es ist zu bemerken, dass dieser Diskurs, der die europa-politische Ordnung als zusätzliche Etappe des Föderalismus in Deutschland thematisiert, auch bei den Eliten vorherrscht. Bei den anderen Typen (besonders bei der allgemeinen begrenzten Implikation) wird der Föderalismus weniger durchdacht und dafür stärker metaphorisch als Interpretationsmatrix für die EU ins Feld geführt. Ausgehend von der politischen oder kulturellen Vielfalt der Länder, die innerhalb desselben politischen Systems Probleme bereiten kann, bekräftigen

die Befragten, dass sich Diskrepanzen gleicher Ordnung auf noch stärkere Weise innerhalb des Europa der 27 ergeben oder ergeben werden.

Ebenso sind die Probanden dieses Typus als einzige über die Verträge auf dem Laufenden, über das französische und das holländische „Nein“, über den Einsatz von Angela Merkel für die Ratifizierung durch den Bundestag und die Debatten über den Ratifizierungsprozess, die in anderen nationalen Kontexten im Gange sind. Tatsächlich sind, im Gegensatz zu Frankreich, wo das Referendum einige Politisierungseffekte hervorgerufen hat, der Vertrag von Lissabon und die Debatten, die er ausgelöst hat, in Deutschland sozial weitaus klarer eingegrenzt. Europa ist für diesen Typ auch Gegenstand eines allgemeinen Diskurses über die positiven (um sich zu schützen oder um den Kampf aufzunehmen) oder negativen (Auferlegung von niedrigeren sozialen Normen) Aspekte des „Globalisierungs“-Prozesses.

Die *gemeinsame Außenpolitik* wird als eine Notwendigkeit (und nicht als eine lediglich wünschenswerte Entwicklung) präsentiert, um den anderen Großmächten der Welt die Stirn bieten zu können: vor allem den Vereinigten Staaten und China, danach Indien oder Russland. Russland ist in den deutschen Interviews ebenfalls präsenter als in den französischen, entweder als Großmacht, die Rivale oder Partner der EU sein kann, oder als Bedrohung und als Land, das seine Kriminalität exportiert.

Zuletzt wird die Charakterisierung eines „*allzu bürokratischen*“ Europas (oder seiner Varianten: Überreglementierung, Realitätsfremdheit, Besorgnis um unwichtige Details, Ineffizienz, Kostspieligkeit oder Mangel an Transparenz) von einer großen Mehrheit der Befragten geteilt (diejenigen mit einer deutlich positiven Grundeinstellung eingeschlossen) und stellt vermutlich den wichtigsten Negativpunkt dar, der spontan zu Beginn des Interviews angesprochen wird. Doch stützt sich die Kritik bei den synoptischen Haltungen auf ein Ensemble von Argumenten, die gleichzeitig verschiedenartig und durch präzise Beispiele untermauert sind, wie die Krümmung der Salatgurken oder die Pasteurisierung des Käses. In diesen Interviews wird die Kritik auch im institutionellen Raum verortet: Man spricht über die Kommission oder das Parlament und nicht über Brüssel oder die EU im Allgemeinen; und man bringt Argumente vor, um diese „Bürokratismen“ zu erklären oder zu relativieren.